

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 29 / 59. Jahrgang, Montag, 11. August 2008

Ausgabe B
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6659
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Wahltermin für 2009 steht

Kommunalwahlen und Europawahl sind am 7. Juni 2009

Der Termin für die nächsten Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz ist am Sonntag, 7. Juni 2009. Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch gaben die entsprechende Kabinetts-Entscheidung jetzt in Mainz bekannt. Am selben Tag werde auch die Wahl der Abgeordneten des Europäischen

Parlaments stattfinden. „Für einen gemeinsamen Termin der Wahl zum Europäischen Parlament und der Kommunalwahlen spricht, dass die Wahlvorbereitungen von den Verwaltungen und von den Parteien kostengünstiger und effektiver realisiert werden können“, betonten Beck und Bruch.

Ganztagsgymnasien starten

Doris Ahnen: Qualität der Bildung wird weiterentwickelt

Die ersten neun rheinland-pfälzischen Ganztagsgymnasien mit dem Abitur nach zwölf Jahren sind am Start gegangen. Bildungsministerin Doris Ahnen sprach am ersten Tag des Schuljahres 2008/2009 bei der Eröffnung des neu eingerichteten Gymnasiums in Nackenheim bei Mainz von einem „Superkonzept“.

Die Qualität des Bildungsangebots in Rheinland-Pfalz werde konsequent weiterentwickelt. Die Ministerin: „Basis dafür ist eine gute Unterrichtsversorgung, die durch die erfolgreiche Arbeit der Schulaufsicht – und nicht zuletzt mit Hilfe von 220 zusätzlich im Landeshaushalt bereitgestellten Lehrern – gesichert wird. Zum 1. August konnten auf den neuen und den freigewordenen Stellen rund 950 Lehrkräfte neu eingestellt werden, für dieses Schuljahr sind zudem mehr als 100 Lehrerinnen und Lehrer im Vorgriff bereits zum 1. Februar eingestellt worden. Besonders wichtig ist uns, dass sich alle Neuerungen und Reformen, die initiiert werden, in ein übergreifendes bildungspolitisches Gesamtkonzept einpassen, das die Chancen von Schülerinnen und Schülern auch mit Blick auf den weiteren Ausbildungs- und Lebensweg verbessert und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt.“

Mit Blick auf die teils heftige Kritik

in anderen Bundesländern an der dortigen flächendeckenden Einführung des Abiturs bereits nach zwölf Jahren erklärte Ahnen, Rheinland-Pfalz sei bewusst einen Sonderweg gegangen. Hier werde das rasche Abitur nur an freiwillig wählbaren Ganztagsgymnasien und ausschließlich mit einem sinnvollen Wechsel von Lern-, Übungs-, Vertiefungs- und Entspannungsphasen eingeführt.

Zum neuen Schuljahr starten 55 neue Ganztagsschulen in den verschiedenen allgemeinbildenden Schularten. Landesweit gebe es damit 458 Ganztagsschulen in Angebotsform. „Sehr erfreulich ist, dass sich die Bildung von rhythmisierten Ganztagsklassen immer weiter verbreitet. Etwa 40 Prozent aller Schulen organisieren ihr Angebot jetzt über Ganztagsklassen, was die Chancen steigert, den Unterrichtstag noch besser im Wechsel zwischen Lern-, Übungs- und Entspannungsphasen zu gestalten“, sagte Doris Ahnen.

Möglichst gute Chancen bei der weiteren Ausbildung, das strebe die Landesregierung – oft in enger Kooperation mit den Kammern der Wirtschaft im Land und der Bundesagentur für Arbeit – auch mit dem weiteren Ausbau der Berufsorientierungsangebote an, erläuterte die Bildungsministerin. (mehr unter <http://www.mbwjk.rlp.de/>)



Das Gymnasium Nackenheim gehört zu den ersten neun Ganztagsgymnasien in Rheinland-Pfalz, die das Abitur bereits nach zwölf Jahren anbieten. Zum Schulstart pflanzte Bildungsministerin Doris Ahnen symbolisch ein Apfelbäumchen. Bild: Sämmer

Ein Netz für gute Pflege

Dreyer: Bis Ende 2008 soll es 135 Pflegestützpunkte geben

Ministerin Malu Dreyer ist bundesweit die erste Sozialministerin, die eine Bestimmung zur Errichtung von Pflegestützpunkten erlassen hat. Ziel ist es, in Rheinland-Pfalz bis Ende des Jahres 2008 ein flächendeckendes Netz von 135 Pflegestützpunkten aufzubauen, die wohnortnahe Beratung und Betreuung anbieten. Ein Pflegestützpunkt soll seinen Service für durchschnittlich 30.000 Einwohnerinnen und Einwohner erbringen. Um keine Doppelstrukturen zu schaffen, sollen die bereits vorhandenen 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen in Pflegestützpunkte übergehen. Rheinland-Pfalz ist damit Vorreiter beim Aufbau von Pflegestützpunkten.

Nach dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, das zum 1. Juli in Kraft getreten ist, können die Länder be-

stimmen, dass Pflegestützpunkte aufgebaut werden. „Aufgrund der guten Erfahrungen mit unseren Beratungs- und Koordinierungsstellen stand für mich von Anfang an fest, dass es in Rheinland-Pfalz Pflegestützpunkte geben wird“, so Ministerin Dreyer. Es sei der richtige Weg, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, aber auch Menschen ohne Pflegestufe in allen Fragen zur Pflege und rund um das Alter unterstützend zur Seite zu stehen. Der Vorteil der Pflegestützpunkte, die von den Pflege- und Krankenkassen, den Kommunen und dem Land getragen werden, so die Ministerin, liege in der umfassenden Beratung, dem bedarfsgerechten Fallmanagement und der stärkeren Zusammenarbeit von Pflege- und Krankenkassen und Kommunen.



Ministerpräsident Beck, Landtagsvizepräsidentin Klamm und das Team von RPR1. starten das Open Air auf der Hauptbühne in Mainz. Bild: Wallrath

Über 60 000 kommen zum Open Air

Tolle Stimmung beim Fest im Regierungsviertel – Ausbildungsmeile mit großer Resonanz

Über 60.000 Zuschauer sind zum 11. Rheinland-Pfalz Open Air nach Mainz geströmt und haben damit für einen Besucherrekord gesorgt. Pünktlich zum Beginn des Musikfestivals am Nachmittag zeigte sich bei sommerlichen 28 Grad die Sonne. Auf der Bühne im Regierungsviertel der Landeshauptstadt spielten unter anderem „Die Fantastischen Vier“ und „Shaggy & Band“. Am Rand des Rheinland-Pfalz Open Air war die Ausbildungsmeile ein beliebter Treffpunkt.

„Auch das 11. Rheinland-Pfalz Open Air war wieder eine rundum gelungene Veranstaltung, die allen Beteiligten Spaß gemacht hat“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck. Das von der Landesregierung und vom Landtag mitfinanzierte Open-Air-Festival im Parlaments- und Regierungsviertel

sei deutschlandweit einmalig. „Wir wollen allen Musikbegeisterten die Möglichkeit geben, einmal anders mit Politik in Berührung zu kommen“, so Beck. Er dankte RPR1, der die größte Party im Land wieder hervorragend organisiert habe. Der Radiosender habe deutlich gezeigt, dass er fest in Rheinland-Pfalz verankert sei.

Große Resonanz habe auch die Ausbildungsmeile auf dem Deutschhausplatz vor dem Landtag gefunden. Dort hätten sich zahlreiche interessierte Jugendliche rund um das Thema Ausbildung informiert. Ministerpräsident Beck: „Jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Landesregierung. Das Open Air bietet eine gute Möglichkeit, viele junge Leute zu erreichen.“

„Wir sind sehr stolz, dass wir auch in diesem Jahr mit einem großartigen Programm tausende Fans auf der Großen Bleiche begeistern konnten. Durch die Erweiterung des Festival-Geländes wurde es möglich, die Besucherzahl auf 64.000 zu erhöhen. Damit sind wir auch in diesem Jahr wieder an unsere Kapazitätsgrenzen gestoßen. Über eine weitere Vergrößerung wird derzeit nachgedacht“, erklärte Christian Mager, RPR1-Geschäftsführer. „Das über die Landesgrenzen hinaus populäre Festival nimmt einen festen Platz unter den Top-Musik-Highlights in Deutschland ein. Die positive Resonanz des Publikums ist ein klares Zeichen, die erfolgreiche Partnerschaft von Landesregierung, Landtag und RPR1. fortzuführen.“

Anlaufstelle für Ratsuchende

Ministerpräsident Beck besucht INFOBEST in Lauterbourg

Als eine „wichtige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger“ bezeichnete Ministerpräsident Kurt Beck die Informations- und Beratungsstelle INFOBEST im Alten Zollhaus in Lauterbourg. Der Ministerpräsident informierte sich über die Arbeit der Einrichtung, die allen Ratsuchenden in der als PAMINA bekannten Region „Südpfalz-mittlerer Oberrhein-nördliches Elsass“ zur Verfügung steht.

„Europa entsteht vorrangig in den Grenzräumen. Deshalb ist es wichtig, dass die Menschen das Leben an der Grenze nicht als Beschränkung, sondern als Erweiterung auf allen Gebieten erfahren können. Hierfür leisten die beiden Mitarbeiterinnen der INFOBEST unverzichtbare Arbeit“, sagte Ministerpräsident Beck. PAMINA sei einer der ältesten deutsch-französischen Kernräume. Hier funktionieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit vielen Jahren erfolgreich. „Die Unterbringung der INFOBEST

im Alten Zollhaus von Lauterbourg hat hohen Symbolcharakter. Nach dem Vorbild der INFOBEST sind noch drei weitere Informations- und Beratungsstellen für das Oberrheingebiet eingerichtet worden“, so Kurt Beck.

Vor allem Privatpersonen, aber auch Unternehmen, Verwaltungen und Vereine richten sich an die grenzüberschreitende Einrichtung. Die Mehrheit der 2045 Anfragen aus dem vergangenen Jahr steht im Zusammenhang mit dem Grenzgängerstatus und bezieht sich auf die Bereiche Steuern, Arbeitsrecht, Sozialversicherung und Familienleistungen. Neben der Bearbeitung von Anfragen bietet die INFOBEST regelmäßig themenspezifische Sprechstunden mit Fachleuten an. Die Informations- und Beratungsstelle befindet sich in Trägerschaft des Eurodistricts Regio PAMINA. Die Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie Frankreich unterstützen die Einrichtung finanziell.

Mit dem Finanzamt sehr zufrieden

Die Rheinland-Pfälzer sind mit ihren Finanzämtern laut Finanzministerium sehr zufrieden. Dies habe eine Befragung in den 26 Finanzämtern im Land ergeben. 14.500 Bürger füllten Fragebögen aus und beurteilten nach dem Schulnoten-System von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht). Im Durchschnitt erhielten die Finanzämter die Note 1,53.

„Das Ergebnis ist somit deutlich besser als das der letzten Befragung 2002. Damals vergaben die Bürger eine Gesamtnote von 1,93“, erklärte Finanzstaatssekretär Rüdiger Messal. Gefragt wurde zum Beispiel nach der Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten, der Wartezeit und dem Gesamteindruck. Die Frage „Wie verhielten sich die Beschäftigten des Finanzamts Ihnen gegenüber?“ wurde mit der Note 1,32 am besten bewertet. Am unzufriedensten waren die Bürger mit der Erreichbarkeit ihres Finanzamts mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Hier gab es die Note 2,62.

„Alles in allem sind wir sehr zufrieden. Alle Finanzämter im Land liegen dicht beieinander und jede Frage wurde mit „gut“ oder „sehr gut“ bewertet“, sagte der Finanzstaatssekretär. Vor allem durch die Service-Center in den Finanzämtern und die Hotline für Bürgerfragen sei ein optimaler Kundenkontakt möglich, hieß es weiter.



Informationen vor Ort im Alten Zollhaus. Bild: Thuring

Zahl der Woche

53.192 Menschen standen 2007 in Rheinland-Pfalz im Dienst von Gemeinden und Gemeindeverbänden, teilte das Statistische Landesamt in Bad Ems mit. Dies waren 0,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dagegen verringerte sich der Personalstand des Landes um 3,5 Prozent.

Auf globalisierten Märkten sich behaupten

Wirtschaftsminister Hering stellt das Förderprogramm „Wir öffnen Märkte 2009“ in Mainz vor

Das Wirtschaftsministerium wird heimische Unternehmen auch 2009 wieder mit dem Programm „Wir öffnen Märkte“ beim Außenhandel unterstützen. Im kommenden Jahr stünden speziell Geschäfte mit Mittel- und Osteuropa, Süd- und Ostasien, Nord- und Lateinamerika sowie im arabisch-nordafrikanischen Raum im Fokus,

sagte Wirtschaftsminister Hendrik Hering. Die Schwerpunkte bei den Wirtschaftsreisen würden in Kanada, Brasilien/Argentinien und der Russischen Föderation liegen. „Die rheinland-pfälzische Wirtschaft muss sich auf den globalisierten Märkten behaupten und tut dies auch mit Erfolg“, so Hering.



Hering: Broschüre mit neusten Detailinformationen.

Bild: Sämmer

Das Außenhandelsvolumen habe sich von 2006 bis 2007 um 11,2 Prozent auf 66,6 Milliarden Euro erhöht. Der Export kletterte dabei 2007 auf 40,7 Milliarden Euro - im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 12,1 Prozent. Rheinland-Pfalz profitiere von den offenen Weltmärkten und internationalen Verflechtungen wie kaum ein anderes Bundesland, betonte der Minister. An der stetig steigenden Exportquote ließe sich auch erkennen, dass die Zahl der kleinen und mittelständischen Betriebe mit internationaler Ausrichtung steige.

Rheinland-Pfalz beteiligt sich nach Angaben des Ministeriums im kommenden Jahr unter anderem mit Firmen-Gemeinschaftsständen an zwölf Messen und Ausstellungen. Geplant sind Auftritte in Amsterdam, Dubai, Tucson (USA), New Delhi und Bangalore (Indien), Kiew (Ukraine), Sao Paulo (Brasilien), Riga (Lettland), Brunn (Tschechien), Brüssel und Paris. In der Heimat könnten sich Unternehmer unter anderem bei mehreren Symposien über Geschäfte im Ausland informieren.

Die neue Broschüre „Wir öffnen Märkte 2009“ kann bestellt werden bei der Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz (E-Mail infomaterial@mwwlvw.rlp.de, Internet: www.mwwlvw.rlp.de).



Erste Kabinetts-Sitzung nach der Sommerpause.

Bild: Speicher

Den Tourismus gezielt fördern

Ministerrat in Neumagen-Dhron - Infrastruktur unterstützen

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck traf sich der rheinland-pfälzische Ministerrat zur ersten Sitzung nach der Sommerpause im Bürgerhaus von Neumagen-Dhron. Die „Straße der Römer“ und das Römerschiff „Stella Noviomagi“ sind aus Sicht von Ministerpräsidenten Kurt Beck zwei zentrale Bestandteile des reichen römischen Kulturerbes in Rheinland-Pfalz. „Wir haben diese beiden wichtigen kulturellen Tourismusprojekte in der Vergangenheit intensiv unterstützt und werden touristische Infrastruktur auch in Zukunft gezielt fördern“, betonte der Ministerpräsident in Neumagen-Dhron. „Die Landesregierung setzt damit auf den boomenden Tourismus, eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen unseres Landes.“

Wie Wirtschafts- und Tourismusminister Hendrik Hering mitteilte, seien Projektkoordination und touristisches Marketing der „Straße der Römer“ über die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ mit 126 800 Euro, das Beschilderungskonzept mit Zuschüssen in Höhe von rund 148 000 sowie die Aufwertung der römischen Denkmäler mit bislang rund 325 500 Euro gefördert worden. Weitere Förderanträge würden zurzeit geprüft. Mit der „Straße der Römer“ sollen etwa 100 römische Denkmäler in der Region besser vermarktet werden.

Kulturministerin Doris Ahnen wies darauf hin, dass die wirtschaftliche Bedeutung von Kultur beachtlich ist und weiter zunehmen wird. „Vor diesem Hintergrund halte ich es für sinnvoll und notwendig, dass wir uns in Rheinland-Pfalz noch stärker darum bemühen, unser bedeutendes kulturelles und geschichtliches Erbe gut zu vermarkten und auch touristisch zu nutzen“, sagte sie.

Für das Römerschiff „Stella Noviomagi“ seien Zuschüsse in Höhe von 153 660 Euro bewilligt worden, berichtete Minister Hering. „Das Neumagener Weinschiff ist mehr als eine wissenschaftlich exakte Rekonstruktion. Es verbindet antikes Äußeres mit moderner Technik im Inneren.“ Das Schiff biete Platz für 40 Personen und könne in viel größerem Umfang als andere Nachbauten touristisch eingesetzt werden.

Im Heimathafen Neumagen-Dhron, wo ein Abguss des antiken Vorbildes des „Sterns von Neumagen“ steht, eines römischen Grabmals mit der Darstellung eines Weinschiffs, erläutert ein Info-Pavillon den Bau des Schiffes und den historisch-archäologischen Hintergrund. An den Gesamtkosten für Hafenausbau sowie Dokumentations- und Informationszentrum in Höhe von rund 140 000 Euro habe sich das Land ebenfalls finanziell beteiligt, so der Minister.

Wieder 51,2 Millionen für Krankenhäuser

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz erhalten in diesem Jahr pauschale Fördermittel in Höhe von insgesamt 51,2 Millionen Euro. Wie Gesundheitsministerin Malu Dreyer in Mainz mitteilte, entspreche dies der Summe des vergangenen Jahres. Die Krankenhäuser finanzieren mit diesem Geld kleinere Baumaßnahmen und die Wiederbeschaffung von medizinischen Geräten und Krankenhausbetten. Um die Fördermittel zu erhalten, müssten keine gesonderten Anträge gestellt werden. Auch könne in eigener Zuständigkeit über die Verwendung der Mittel entschieden werden.

Krankenhäuser mit vielen Patienten erhalten eine höhere Pauschalförderung als andere. Außerdem erhalten Krankenhäuser der Schwerpunktversorgung mehr Gelder als solche mit Regel-, oder Grundversorgung.

Tollwutfrei durch gute Impfstrategie

Rheinland-Pfalz ist tollwutfrei. Die jahrelangen aufwendigen Impfkampagnen für Füchse seien erfolgreich gewesen, teilte Umweltministerin Margit Conrad mit. Bundesweit zum letzten Mal sei die Tollwut bei einem Fuchs am 3. Februar 2006 in Nackenheim bei Mainz amtlich festgestellt worden. Bei umfangreichen Kontrollen hätten Experten anschließend keine weiteren Krankheitsfälle mehr im Land registriert. Im April 2008 wurden in Rheinland-Pfalz zum letzten Mal Impfköder für Füchse verteilt.

Zur Person

In der Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei gibt es einen personellen Wechsel. Der koordinierende Redakteur der StaatsZeitung Peter Kroll geht mit 65 Jahren in den Ruhestand. Ihm folgte zum 1. August 2008 der Journalist Michael Maurer, langjähriger Redaktionsleiter bei der Rhein-Zeitung und zuletzt Landesgeschäftsführer der SPD Rheinland-Pfalz.

Peter Kroll begann im Januar 1980 in der Pressestelle der Staatskanzlei. Im Anschluss an seine akademische Ausbildung zum Diplom-Übersetzer für Französisch und Italienisch an der Universität Saarbrücken und dem anschließenden Volontariat bei der Saarbrücker Zeitung war er zuvor für die „Trierische Landeszeitung“ und das Justizministerium tätig. Er hat vier Ministerpräsidenten und Zeitungsgeschichte erlebt. Zu Beginn seiner Tätigkeit wurde die StaatsZeitung noch im Bleisatz erstellt.

Auch der 49-jährige Michael Maurer erlebte die Umbruchzeit bei den Medien als Blattmacher. Er begann 1980 sein Volontariat beim Mittelrhein-Verlag und gehörte dem Gründungsteam der Mainzer Rhein-Zeitung an. Nach verschiedenen Leitungsfunktionen im nördlichen Rheinland-Pfalz wechselte er 2005 zum SPD-Landesverband.

Kornhoff leitet Arp-Museum

Rheinland-Pfalz stockt Mittel um zwei Millionen Euro auf



Neuer künstlerischer Leiter: Oliver Kornhoff

Bild: dpa

Oliver Kornhoff ist neuer künstlerischer Leiter des Arp Museums Rolandseck. Der 39 Jahre alte Kunsthistoriker sowie die neu gegründete „Landesstiftung Arp Museum“ sollen das Museum in die „Erste Liga der deutschen Kunstmuseen“ führen, sagte der rheinland-pfälzische Kulturstatssekretär Joachim Hofmann-Göttig in Remagen-Rolandseck. „Kornhoff hat uns ausnahmslos überzeugt“, sagte Hofmann-Göttig, der zum Vorstandsvorsitzenden der Stiftung gewählt wurde. Kornhoff tritt zum 1. Januar 2009 die Nachfolge von Klaus Gallwitz an. Zudem sollen die Landesmittel des Hauses um zwei Millionen Euro aufgestockt werden.

Kornhoff wurde 1969 in Köln geboren und studierte Kunstgeschichte, Geschichte und Klassische Archäologie in Köln, Florenz und Freiburg. Dort promovierte er über die Skulpturen der „Brücke“-Künstler Ernst Ludwig Kirchner und Erwin Heckel. Er wurde für zunächst fünf Jahre benannt. Das Land Rheinland-Pfalz will dem Museum mit einer finanziellen

Aufstockung um zwei Millionen Euro insgesamt rund 3,7 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen.

Zweck der neuen Landesstiftung, die an die Stelle der nunmehr aufgelösten bisherigen Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck trete, sei es, das Arp Museum Bahnhof Rolandseck auf einem internationalen Anspruch gerecht werdenden Niveau als Kulturzentrum und Stätte künstlerischer Begegnung zu betreiben und das Werk von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp und ihres künstlerischen Umfelds sowie internationale Künstlerinnen und Künstler zu präsentieren und fördern.

„Entgegen anders lautender Einschätzungen ändern wir den Charakter des Hauses keineswegs. Wir haben nie ein monografisches Arp-Museum im Sinn gehabt, sondern stets eines, das Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp in Beziehung zu anderen Künstlerinnen und Künstlern setzt - renommierten wie solchen, die es noch zu entdecken gilt“, erklärte Hofmann-Göttig.



Ein buntes Ferienprogramm rund um das Thema „Hundertwasser“ erlebten in den Sommerferien insgesamt 52 Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, der Staatskanzlei und der Landtagsverwaltung. Familienministerin Malu Dreyer empfing die Jungen und Mädchen am Ende eines erlebnisreichen Ausfluges am Ende eines Hundertwasserhauses im Lennebergwald und der Besuch im Taunus-Wunderland waren.

Bild: Ministerium

Malteser-Großkreuz für Beck

Ministerpräsident mit höchstem Orden ausgezeichnet



Einsatz für die humanitären Ziele der Malteser.

Bild: Sämmer

Mit der höchsten Auszeichnung des Malteserordens, dem Großkreuz des Verdienstordens „Pro Merito Melitensi“ wurde Ministerpräsident Kurt Beck in Mainz geehrt. Der Präsident der Deutschen Assoziation des Souveränen Malteser Ritterordens, Erich Prinz von Lobkowitz, überreichte den Orden.

„Ich bin mir der Ehre bewusst, als zweiter deutscher Ministerpräsident diese Auszeichnung zu erhalten“, sagte Beck bei der Ordensverleihung. Er nehme gerne die Gelegenheit wahr, um sich für den vielfältigen Einsatz der Malteser für Hilfsbedürftige zu bedan-

ken. In Rheinland-Pfalz seien fast 4500 Bürger ehrenamtlich in den verschiedensten Bereichen der sozial-karitativen Arbeit für den Malteser Hilfsdienst tätig. An 17 Standorten im Land seien die Malteser mit hauptamtlichen Dienststellen vertreten. „Im Rettungsdienst und Krankentransport, im Katastrophenschutz, in der Hospizarbeit und vielen anderen sozialen Diensten sind die Malteser unverzichtbar“, so der Ministerpräsident. Er sehe die Auszeichnung als Verpflichtung an, sich weiterhin für gute Rahmenbedingungen einzusetzen.

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Peter Kroll, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantw.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortlich) - (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz - Amtliche Bekanntmachungen - ist ständige Beilage der StaatsZeitung - Ausgabe A -.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung. Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 061 31 / 16 46 88, Fax 061 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 061 31 / 16 47 53, Fax: 061 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 061 31 / 20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17

Hohe US-Generäle zu Gast in Rheinland-Pfalz

Amerikanische Streitkräfte und ihre Familien fühlen sich im Land gut aufgehoben



Gruppenbild mit amerikanischen Generälen im Plenarsaal des rheinland-pfälzischen Landtags. Foto: Klaus Benz

Ministerpräsident Kurt Beck und Landtagspräsident Joachim Mertes empfingen in der vergangenen Woche eine Delegation der wichtigsten in Deutschland stationierten US-amerikanischen Generäle. Darunter waren der stellvertretende Kommandeur des United States European Command, Vizeadmiral Richard G. Gallagher, wie auch der Befehlshaber der US-Luftwaffe in Europa, General Roger A. Brady.

Nach einem Empfang im Landtag mit einem Vortrag über die Geschichte von Rheinland-Pfalz und die Arbeitsweise des rheinland-pfälzischen Landtags durch Landtagspräsident Joachim Mertes bekamen die Gäste Informationen zur „Wirtschaft in Rheinland-Pfalz – unter Berücksichtigung der hier lebenden US-Bürger“.

Ein besonderes Gastgeschenk überreichte Admiral Gallagher an Mertes: Neben einem Bildband über Amerika

eine Flasche Budweiser (Bud). Ein urtypisches amerikanisches Bier der Anheuser-Busch Brauerei mit ausgeprägten deutschen Wurzeln: Braumeister Eberhard Anheuser aus Bad Kreuznach und sein Schwiegersohn Adolphus Busch aus Mainz-Kastel gründeten 1870 den Stammbetrieb in St. Louis. Bei den vielfältigen deutsch-amerikanischen Beziehungen im Lande war es Mertes eine Herzensangelegenheit den amerikanischen Generälen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz zu danken.

Ein Essen beim Wehrbereichskommando II der Bundeswehr im Osteiner Hof in Mainz, eine Stadtführung und ein Besuch auf einem rheinhessischen Weingut waren an diesem Tag weitere Programmpunkte. „Wir möchten mit dieser Einladung die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen unterstreichen und zum Ausdruck bringen,

wie froh wir über die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in Rheinland-Pfalz sind. Der Tag soll ein Beweis unserer Gastfreundschaft sein und verdeutlichen, wie wichtig persönliche Kontakte und kurze Gesprächswege sind“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck bei seiner Begrüßung auf dem Paulinenhof in Selzen.

In den Gesprächen, an denen auch Innenminister Karl Peter Bruch und die Staatssekretärin im Justizministerium, Beate Reich, teilnahmen, wurden gemeinsame Bauvorhaben, Beschäftigungs- und Infrastrukturfragen genauso erörtert wie die Belastung der Bevölkerung durch Luftlärm. „Die Kontakte zur Landesregierung sind vertrauensvoll und eng. Die amerikanischen Streitkräfte und ihre Familien fühlen sich in Rheinland-Pfalz gut aufgehoben“, bedankte sich Delegationsleiter Admiral Gallagher zum Abschied.



Im Gespräch mit Admiral Gallagher unterstrich Ministerpräsident Kurt Beck die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen. Foto: Bundeswehr



Eintrag in das Goldene Buch des Landtags - von links nach rechts: Innenminister Karl Peter Bruch, Generalleutnant Philip M. Breedlove, Kommandeur der 3. U.S. Luftwaffe in Europa, Generalmajor Yves J. Fontaine, bei der Arbeit, Delegationsleiter Vizeadmiral Richard K. Gallagher, stv. Kommandeur des United States European Command, Landtagspräsident Joachim Mertes, Generalmajor Marc E. Rogers und Landtagsdirektor Dr. Lars Brocker. Foto: Klaus Benz

„Für Gräber brauchen wir keine Verfassung ...“

Buch porträtiert außergewöhnliche Politikerin und Frau – Dr. Else Missong-Peerenboom

„Für Gräber brauchen wir keine Verfassung...“, diesen flammenden Appell richtete Dr. Else Missong (CDP/CDU) in der ersten Sitzung der Beratenden Landesversammlung am 22. November 1946 an die anwesende französische Besatzungsmacht. Das Leben der Menschen müsse erst wieder gesichert sein, wenn die Arbeit an einem neuen demokratischen Anfang überhaupt Sinn und Zukunft haben sollte.

Nur wenige Frauen gehörten der Beratenden Landesversammlung des Landes Rheinland-Pfalz an. Es waren insgesamt sieben weibliche Abgeordnete unter 125 Mitgliedern. Keine weibliche Abgeordnete habe so kurze Zeit dieser Versammlung angehört wie Else Missong, so Mertes, keine andere habe sich jedoch so nachhaltig und fest in unser historisches Gedächtnis eingepreßt wie sie.

Die französische Militärregierung betrachtete ihre Rede als einen Angriff auf ihre Politik. Beinahe wäre die Abgeordnete verhaftet worden. Auf Druck ihrer eigenen Partei legte Missong am 28. Dezember 1946 ihr Mandat nieder und trat von allen politischen Ämtern zurück.

Der Linzer Geschichtswissenschaftler und Autor Hermann-Joseph Löhrl hat über die bekannteste Linzer Politikerin des 20. Jahrhunderts, Dr. Else Missong-Peerenboom, ein Buch verfasst, das Landtagspräsident Joachim Mertes im Historischen Rathaus der Stadt Linz vorstellte.

Für Mertes ist die Porträtierte eine außergewöhnliche und couragierte Frau mit einem bemerkenswerten Le-



Buchvorstellung in Linz: Unser Foto zeigt von links nach rechts, Sabine Bätzing, MdB und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Erwin Rüdell, MdB, Autor Hermann-Joseph Löhrl, Landtagspräsident Joachim Mertes und den Linzer Beigeordneten Ernst Peichl.

bensweg, unter anderem als Reichstagsabgeordnete in Berlin und Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung von Rheinland-Pfalz.

Aufgrund ihres katholischen Glaubens und als überzeugte Demokratin habe sie stets den Mut gehabt, für Gerechtigkeit einzutreten. Nicht selten bedeutete dies, gegen den Strom zu schwimmen: mit ihrer Auffassung von sozialpädagogischer Frauen- und Mädchenarbeit in den 20er Jahren, im

katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder mit ihrer „Hungerrede“, um nur einiges zu nennen.

Besonders hob Landtagspräsident Joachim Mertes ihren Verdienst um den demokratischen Wiederaufbau des Landes Rheinland-Pfalz als Mitbegründerin der CDP/CDU hervor: Sie setzte sich dabei stark für eine konfessionsübergreifende christliche Partei ein.

Sprechtage des Bürgerbeauftragten

Im Rahmen seiner regelmäßigen Sprechtag in den Regionen des Landes wird Bürgerbeauftragter Ullrich Galle an folgenden Terminen vor Ort Rat suchenden Bürgern zur Verfügung stehen:

Donnerstag, 14. August 2008, Kreisverwaltung Südpfalz; Donnerstag, 21. August 2008, Kreisverwaltung Altenkirchen; Donnerstag, 28. August 2008, Kreisverwaltung Eifelkreis Bitburg-Prüm; Mittwoch, 3. September 2008, Büro des Bürgerbeauftragten Mainz; Donnerstag, 4. September 2008, Kreisverwaltung Südliche Weinstraße; Donnerstag, 11. September 2008, Kreisverwaltung Ahrweiler; Mittwoch, 17. September 2008, Kreisverwaltung Kusel; Mittwoch, 24. September 2008, Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück; Mittwoch, 1. Oktober 2008, Büro des Bürgerbeauftragten Mainz;

Mittwoch, 29. Oktober 2008, Kreisverwaltung Vulkaneifel; Donnerstag, 30. Oktober 2008, Büro des Bürgerbeauftragten Mainz; Donnerstag, 6. November 2008, Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis; Dienstag, 11. November 2008, Kreisverwaltung Birkenfeld; Donnerstag, 13. November 2008, Kreisverwaltung Cochem-Zell; Mittwoch, 19. November 2008, Kreisverwaltung Alzey-Worms; Donnerstag, 20. November 2008, Büro des Bürgerbeauftragten Mainz; Dienstag, 25. November 2008, Kreisverwaltung Germersheim; Dienstag, 2. Dezember 2008, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz; Mittwoch, 10. Dezember 2008, Kreisverwaltung Mainz-Bingen; Donnerstag, 11. Dezember 2008, Büro des Bürgerbeauftragten Mainz.

Bürgerinnen und Bürger, die an einem persönlichen Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten interessiert sind, werden gebeten, sich wegen eines Termins mit dem Büro des Bürgerbeauftragten, Kaiserstraße 32, 55116 Mainz, Telefon (06131) 28 999 99 oder per Fax: 28 999 89 in Verbindung setzen.

Alarmierende Drogenfunde

Technofestival „Nature One“ hat parlamentarisches Nachspiel

Angesichts der alarmierenden Zahl von Drogenfunden im Umfeld des Technofestivals im Hunsrück, spricht sich der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Hörter, dafür aus, den Besitz von harten Drogen wie Heroin, Kokain oder Amphetaminen (z. B. Ecstasy) in Rheinland-Pfalz nicht mehr zu tolerieren. Die Landesregierung sei außerdem aufgefordert, ihre Strategie zur Prävention zu überdenken. Hörter kündigte an, das Thema im Innenausschuss des Landtags zur Sprache bringen.

„Allein bis Sonntagabend soll es rund um das Festivalgelände zu über 600 Strafanzeigen gekommen sein. Drogenkonsum ist kein Kavaliersdelikt und gehört nicht als ‚Zubehör‘ zu einem Musikfestival.“ Die CDU-Fraktion hatte sich bereits im vergangenen Jahr dafür ausgesprochen, den

Drogenmissbrauch von Jugendlichen und Heranwachsenden in jedem Fall zu ahnden und entsprechende Ermittlungsverfahren künftig nur noch unter Auflagen einzustellen. Denkbare Auflagen seien z.B. eine Drogenberatungstherapie oder Sozialstunden. Die Landesregierung habe damals keinen Anlass gesehen, auf eine Änderung der Praxis der Staatsanwaltschaften hinzuwirken. Nun sei ein Jahr vergangen und man stünde wieder vor dem gleichen Problem, so Hörter.

Auch im Bereich der Prävention gebe es offenbar erheblichen Aufholbedarf. Die jetzt bekannt gewordenen Zahlen zeigten erneut, dass Drogenkonsum von Jugendlichen häufig verarmt werde. Die Landesregierung müsse hier dringend ihre Strategie überdenken.



Fotos von Klaus Muempfer und Gemälde von Klaus Krier beschäftigen sich mit Jazz und sind die Objekte der jüngsten Kunstausstellung im Landtag. „Jazz, die amerikanische Musik in Rheinland-Pfalz“, die am vergangenen Mittwoch durch Landtagspräsident Joachim Mertes im Foyer des Landtags eröffnet wurde.

Der „Jazz-Zyklus“ von Klaus Krier entstand für eine Einzelausstellung im Theater der Stadt Worms 1998. Mit diesen Gemälden schafft es der Künstler, die Jazzmusik, die Stil prägend für das gesamte vergangene Jahrhundert war, wie die Jazzmusiker auch, durch mutige Improvisationen und gekonnte Kompositionen gelungen zu interpretieren.

Klaus Muempfer fotografiert seit mehr als 40 Jahren Künstler des Jazz, Blues, Soul und Folk. Der Journalist arbeitete bis Anfang 2007 bei der Zeitungsgruppe Rhein-Main. Er war zeitweise oder ist gegenwärtig Jurymitglied für die Jazzpreise des Landes Rheinland-Pfalz/SWR, Worms, Rheinhessen, Skoda sowie beim Orchesterwettbewerb des Landes.

Regierungssprecher Walter Schumacher führte in die Werke der beiden Künstler ein. Musikalisch umrahmt wurde die Eröffnung durch das Jörg Heuser Trio. Die Ausstellung ist bis zum 25. August 2008 im Landtag zu sehen.

Kunstwerke zum Thema Jazz

Ausstellung im Landtag zeigt Werke von Krier und Muempfer



Jazz im Landtag – aber auf die ruhige Art: Die beiden Künstler Klaus Muempfer und Klaus Krier (von rechts) freuten sich über eine gut besuchte Ausstellungseröffnung zusammen mit Jeannette Wopperer, MdL, Kulturstatssekretärin Vera Reiß, Walter Schumacher, Landtagspräsident Joachim Mertes und Jens Guth, MdL.
Foto: Klaus Benz

In kleinen Kneipen darf weiter geraucht werden

Verfassungsgerichtshof verlängert Ausnahmeregelung um weitere drei Monate

In Ein-Raum-Gaststätten in Rheinland-Pfalz darf zunächst weiter geraucht werden. Der Verfassungsgerichtshof (VGH) Rheinland-Pfalz entschied am Montag der vergangenen Woche, die Ausnahmeregelung zum Nichtraucherschutzgesetz für inhabergeführte Kneipen ohne Beschäftigte um weitere drei Monate zu verlängern. Diese Regelung soll längstens bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden rheinland-pfälzischer Gastronomen gelten. Nach dem Beschluss des VGH gilt die Ausnahme vom Rauchverbot nun zusätzlich für Ein-Raum-Gaststätten mit weniger als 75 Quadratmetern Gastfläche - auch wenn dort Personal beschäftigt wird.

Der Termin für die mündliche Verhandlung über die Verfassungsbeschwerden wurde auf den 30. September gelegt. Mehrere Gastronomen fühlen sich durch das seit Mitte Februar geltende Nichtraucherschutzgesetz in ihren Rechten verletzt, da sie kein abgetrenntes Zimmer für

Raucher einrichten könnten. Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor in Karlsruhe entschieden, dass die Rauchverbote für Gaststätten mit nur einem Raum in Berlin und Baden-Württemberg verfassungswidrig sind.

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hatte das Rauchverbot in Ein-Raum-Gaststätten im Februar vorläufig ausgesetzt und diese Regelung bereits im Mai um drei Monate verlängert. Anders als nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts werde die Ausnahme vom Rauchverbot auch künftig nicht davon abhängig gemacht, dass in Ein-Raum-Gaststätten keine zubereiteten Speisen angeboten werden, teilte der VGH weiter mit.

Die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Dorothea Schäfer, forderte unterdessen erneut, das Nichtraucherschutzgesetz in Rheinland-Pfalz umgehend zu ändern. Es werde immer deutlicher, dass die derzeitige Ausgestaltung nicht zu halten sei. Schäfer

begrüßte die Verlängerung und Ausweitung der Ausnahmegenehmigung. Dies berücksichtige die Probleme der existenziell gefährdeten Betreiber kleiner „Eckkneipen“.

Auch FDP-Vorsitzender Herbert Mertin begrüßte die Fortsetzung der Ausnahmegenehmigung als „folgerichtig“ und forderte eine gesetzliche Neuregelung mit Wahlfreiheit für Minikneipen. Es müsse auch für Raucher weiterhin die Möglichkeit zu geselliger Runde geben, „ohne wie ein Hund vor die Tür gejagt zu werden“. Mertin sprach sich ferner gegen eine bundeseinheitliche Regelung des Nichtraucherschutzes in Kneipen aus, wie sie zwischen von unterschiedlicher Seite gefordert wird: Für die Gaststätten seien nun mal die Länder zuständig.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Marianne Grosse, mahnte, vor etwaigen Gesetzesänderungen müsse erst die endgültige Entscheidung des VGH im Herbst abgewartet werden.

Gespräche und Diskussionen

Schulbesuchstag der Abgeordneten am 10. November 2008

Die Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz bieten den Schülerinnen und Schülern mit ihrem landesweiten Schulbesuchstag am 10. November erneut die Möglichkeit zum Gespräch und zur Diskussion. Dieser bundesweit einmalige Besuchstag findet bereits zum sechsten Mal statt. Landtagspräsident Joachim Mertes möchte, dass junge Menschen so Politik und Politiker aus der Nähe kennen lernen.

Mit dem Schulbesuchstag will der Landtag bewusst anknüpfen an die glücklichen und tragischen Momente deutscher Geschichte, die der 9. November (der in diesem Jahr auf einen Sonntag fällt) in sich vereint. Sie können Ausgangspunkte der Gespräche sein. Zum einen können an diesem Datum mit der Ausrufung der ersten deutschen Republik 1918 und dem Fall der Mauer 1989 wichtige Meilensteine der demokratischen Entwicklung gefeiert werden. Zum anderen bleibt der 9. November verbunden mit der Reichspogromnacht 1938 und den Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der Schulbesuchstag bietet sich insgesamt an, über Leh-

ren aus unserer Geschichte und über Grundwerte und Probleme der Demokratie zu informieren und zu diskutieren.

Mit dem Besuchstag möchte der Landtag das Gespräch mit jungen Leuten aktiv suchen sowie Interesse und politisches Engagement der Schüler fördern. Die Resonanz der Teilnehmer der vergangenen Jahre war auf beiden Seiten positiv. Im vergangenen Jahr fanden über 170 Gespräche mit mehr als 7000 Schülerinnen und Schülern statt, an denen die Landtagsabgeordneten beteiligt waren.

Lehrerinnen und Lehrer, die Interesse haben, mit ihrer Klasse an diesem Besuchstag teilzunehmen, können sich noch bis zum 25. August 2008 beim Landtag für eine Teilnahme bewerben.

Für Anmeldungen und Rückfragen in dieser Angelegenheit steht Ihnen der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit gerne zur Verfügung: Landtag Rheinland-Pfalz, Hans-Peter Hexemer, Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz, Telefon: 06131/208-2206, Fax: 06131/208-2263, E-Mail: Hans-Peter.Hexemer@landtag.rlp.de



Medienpolitik stand im Mittelpunkt. Bei einem dreitägigen Informationsbesuch in der Bundeshauptstadt Berlin informierte sich der Arbeitskreis Medien und Multimedia der CDU-Landtagsfraktion unter Leitung des medienpolitischen Sprechers Erwin Rüdell, des Vorsitzenden des Medienausschusses des rheinland-pfälzischen Landtages Dr. Norbert Mittrücker über Medienunternehmen und Medienpolitik in Berlin. Dabei trafen sie auch mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU-Berlin, Friedhelm Pflüger zu einem Gesprächsaustausch zusammen. Auf der Tagesordnung standen auch ein Besuch der Filmstudios in Babelsberg, Gespräche mit Medienunternehmen in Adlershof und ein Besuch der RTL-Hörfunkstudios in Berlin. Unser Foto entstand anlässlich des Besuchs und zeigt von links nach rechts: Josef Döttsch (MdL), Jan Arne Seewald (CDU-Fraktion Senat Berlin), Dr. Norbert Mittrücker (MdL), Marius Schwarz (Finanzvorstand Studio Babelsberg AG), Erwin Rüdell (MdL), Hans-Erich Au (CDU-Fraktion).

„Allen Jugendlichen Perspektive bieten“

SPD-Fraktion vor Ort: Mittelständische Unternehmen – Garanten für gute Ausbildung



Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Barbara Schleicher-Rothmund, stattete gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion dem „Autohaus Senger“ in Ingelheim einen Besuch ab, um sich vor Ort ein Bild über die Ausbildungssituation zu machen.

In drei Gruppen besuchten die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ kleine und mittelständische Unternehmen, um sich über Ausbildungsmarkt und -situation in Rheinland-Pfalz zu informieren.

Die Abgeordneten Dieter Burgard, Heribert Heinrich, Dieter Klöckner, Dr. Matthias Krell, Bernd Lang, David Langner, Frank Puchtler, Harald Schweitzer, Fredi Winter, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Renate Pepper sowie der örtliche Wahlkreisabgeordnete Clemens Hoch statten dem Unternehmen Finzelberg in Andernach einen Besuch ab. Den Abgeordneten schlossen sich der Oberbürgermeister von Andernach, Achim Hütten, und Wirtschaftsminister Hendrik Hering an.

Die Besucher waren von den guten Ausbildungsbedingungen der 20 Azubis, die der erfolgreiche Hersteller pflanzlicher Extrakte für die pharmazeutische Industrie derzeit fördert, begeistert. Nach der Vorstellung des Betriebs mit dem Schwerpunkt Ausbildungssituation und einer Betriebsbesichtigung, hatten die Abgeordneten die Gelegenheit zum Austausch mit dem Personalleiter des Unternehmens.

Eine zweite Delegation, zu der Fraktionsvorsitzender Jochen Hartloff, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Alexander Fuhr und Günther Ramsauer sowie die Abgeordneten Christine Baumann, Peter Wilhelm Dröschner, Friederike Ebli, Monika Fink, Ruth Leppla, Margit Mohr, Manfred Nink, Hans Jürgen Noss, Fritz Presl, Ingeborg Sahler-Fesel, Alexander Schweitzer, Jutta Steinruck und Thomas Wansch gehörten, besuchte die Firma „Karl Otto Braun“ in Wolfstein. Das Unternehmen, das unter anderem elastische textile Binden für die Medizin produziert, beschäftigt in Wolfstein 700 An-

gestellte, 40 von ihnen sind Auszubildende. Insgesamt werden 13 Berufsausbildungen angeboten, darunter vier duale Studiengänge.

Ein Auszubildender im ersten Lehrjahr stellte den Abgeordneten unterschiedliche Ausbildungsprojekte vor. Der Betrieb setzt auf das Lernwerkzeug der situativen Lernaufgabe. Dabei lernen die Jugendlichen anhand einer konkret zu bewältigenden Aufgabe. Abgerundet wurde der interessante Besuch mit einer eindrucksvollen Werksführung und einem Gespräch mit Vertretern des Betriebsrates.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin Barbara Schleicher-Rothmund, die örtliche Abgeordnete Marianne Grosse sowie ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen Kathrin Anklam-Trapp, Ulla Brede-Hoffmann, Bettina Brück, Jens Guth, Michael Hüttner, Alfons Maximini, Astrid Schmitt, Hildrun Siegrist und Thorsten Wehner waren nach Ingelheim gekommen, um sich über die Ausbildungssituation im Autohaus Senger berichten zu lassen.

Der Betrieb stellt jährlich neue Auszubildende ein und bietet ein breites Angebot an Ausbildungsberufen, das sowohl Berufe in der Werkstatt als auch im Büro umfasst. In dem Familienbetrieb wird viel Wert auf die Qualität der Ausbildung gelegt, die Übernahme der Azubis ist ausdrücklich gewünscht. Die zweite Station des Tages war für die Gruppe das Weingut Julius Wasem & Söhne. Dort bildet Familie Wasem in den Berufen Winzer/in und Hauswirtschafterin aus. Im Bereich Hauswirtschaft sollen vor allem Jugendliche gefördert werden, die aufgrund ihrer Qualifizierung eher schlechte Chancen auf dem Lehrstellenmarkt haben.

Die SPD-Landtagsfraktion war mit dem Veranstaltungstag zufrieden. „Unser gemeinsames Ziel ist es, möglichst allen Jugendlichen eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Dafür werden wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen und weiter mit der Wirtschaft daran arbeiten, dass sich der positive Trend in Rheinland-Pfalz fortsetzt“, sagte Renate Pepper abschließend.

Der Traum der Freiheit

Sonderausstellung von Dorel Dobocan im Mainzer Deutschhaus



Dorel Dobocan, Hans-Dietrich Genscher und Landtagspräsident Joachim Mertes (von links) vor dem Gemälde „Der freie Raum“ im Foyer des Mainzer Landtags.
Foto: Klaus Benz

„FREI(T)RÄUME – Dorel Dobocan: 30 Jahre in Freiheit – 30 Jahre in Mainz“ lautete der Titel einer Sonderausstellung im Landtag, die Landtagspräsident Joachim Mertes gemeinsam mit dem ehemaligen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher zu Beginn der Sommerferien eröffnet hatte.

Der Titel ist ein besonderer Hinweis auf die Lebensgeschichte des Künstlers. Dorel Dobocan, weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus bekannter Künstler, wurde 1951 als Angehöriger der deutschen Minderheit im rumänischen Temeşburg geboren. Von 1968 bis 1973 studierte er an der dortigen Hochschule für Bildende Kunst. Zwischen den Jahren 1963 bis 1978 unternahm er vier Fluchtversuche aus seiner stalinistisch regierten Heimat und wurde daraufhin mehrfach als politischer Gefangener inhaftiert, 1973 wurde er vom Staatssicherheitsdienst in die Zwangspsychiatrie eingewiesen.

Am 12. Juni 1978 ist er in die Freiheit entlassen worden und landete mit einem Flugzeug auf dem Frankfurter Flughafen. Er bezeichnet diesen Tag

als seine zweite Geburt. Dobocan stand auf der Todesliste des rumänischen Geheimdienstes „Securitate“. Nur durch den massiven Druck der Bundesregierung und den persönlichen Einsatz von Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher sowie der Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter wurde seine Befreiung möglich. Seit 30 Jahren lebt und arbeitet Dorel Dobocan in Mainz – in Freiheit.

Genscher würdigte Dobocans Leben und Schaffen als Spiegel deutscher und europäischer Geschichte. Sein Werk sei deshalb so glaubwürdig, weil sein Schöpfer das empfinde, erträumt und gewollt habe und das sich in seinem Werk widerspiegeln – die Freiheit, ein Leben in Freiheit. Der Jahrestag der Freilassung vor 30 Jahren bildet den Anlass zu dieser Ausstellung, betonte Landtagspräsident Joachim Mertes. Aber es gehe mit der Ausstellung auch um mehr. Sie soll dazu beitragen, dass sich vor allem jüngere Menschen mit den Zeiten der Teilung und der Unfreiheit in Europa auseinandersetzen.